

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0125/2017/IV

Datum:
29.06.2017

Federführung:
Dezernat V, Kämmereiamt

Beteiligung:
Dezernat V, Eigenbetrieb Städtische Beteiligungen
Heidelberg Marketing GmbH

Betreff:

**Alternativen zur Übernachtungsteuer
hier: Information über den aktuellen Sachstand**

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 27. Juli 2017

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Haupt- und Finanzausschuss	12.07.2017	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	25.07.2017	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen die Information der Verwaltung über den aktuellen Sachstand der Alternative zur Übernachtungsteuer zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
keine	
Einnahmen:	
keine	
Finanzierung:	
keine	

Zusammenfassung der Begründung:

Der Arbeitskreis hat eine Alternative zur Übernachtungsteuer erarbeitet – Erhöhung des Schlosstickets (Bergbahnnutzung und Schlosseintritt).
Diese bedarf allerdings noch der Zustimmung des Ministeriums für Finanzen Baden-Württemberg.

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 12.07.2017

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 12.07.2017

5 Alternativen zur Übernachtungssteuer hier: Information über den aktuellen Sachstand Informationsvorlage 0125/2017/IV

Stadtrat Zieger teilt mit, nach seiner Ansicht müsse aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 21.07.2016 heute festgestellt werden, dass die Übernachtungssteuer zum 01.01.2018 in Kraft trete, da eine alternative Einnahmequelle für einen Betrag von mindestens 1,2 Millionen Euro zum Stichtag 30.06.2017 nicht gefunden werden konnte.

In der folgenden Aussprache sprechen sich Stadtrat Holschuh, Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Stadtrat Dr. Gradel und Stadtrat Breer für die Vorgehensweise der Verwaltung aus.

Außerdem wird die gute und kreative Arbeit des Arbeitskreises gelobt (auch von Stadträtin Marggraf). Sehr positiv werde zudem bewertet, dass der Arbeitskreis weitere Ideen für die Zukunft bereits in petto habe. Als Wertschätzung gegenüber der Arbeit des Arbeitskreises sollte nun die Entscheidung des Landes abgewartet und erst nach der Sommerpause endgültig entschieden werden. Dennoch sollte die Verwaltung Vorbereitungen für den Fall treffen, dass eine Einigung mit dem Land nicht zustande käme.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner betont, er sei bisher guter Dinge, dass die Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden könnten. Er gehe davon aus, dass dies bis Ende der Sommerferien geschehen werde. Der Verwaltung sei der Auftrag des Gemeinderates bewusst, das Verfahren zeitnah abzuschließen. Ihm sei wichtig, darzulegen, dass sich das Land nicht finanziell beteiligen werde, sondern vielmehr dabei helfe, vorhandene Strukturen zu nutzen.

Stadträtin Stolz fragt nach, ob es für Heidelberger Bürgerinnen und Bürger eine Möglichkeit gebe, beispielsweise 2 Gutscheine pro Jahr kostenlos zu erhalten, um die Kosten (vor allem für Familien) zu verringern.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner antwortet, dass dies nach europäischem Recht nicht möglich sei. Allerdings gebe es in Heidelberg bereits diverse Vergünstigungen bei der Bergbahnnutzung (zum Beispiel Nutzung Jobticket und ähnliches) oder für Familien den Heidelberg-Pass oder Heidelberg-Pass+.

Abschließend sagt Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner zu, möglichst zeitnah über den Abschluss der Verhandlungen zu informieren.

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Gemeinderates vom 25.07.2017

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 25.07.2017

17 Alternativen zur Übernachtungssteuer hier: Information über den aktuellen Sachstand Informationsvorlage 0125/2017/IV

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner informiert über das Beratungsergebnis des Haupt- und Finanzausschusses vom 12.07.2017. In der Sitzung habe man sich darauf geeinigt, dass die Verwaltung zeitnah über den Abschluss der Verhandlungen informiere und erst nach der Sommerpause endgültig entschieden werde.

Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Marggraf, Stadtrat Breer, Stadtrat Zieger, Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Stadtrat Föhr, Stadtrat Holschuh, Stadträtin Mirow

Stadträtin Marggraf spricht den Artikel in der Samstagausgabe der Rhein-Neckar-Zeitung mit den darin beschriebenen Aussagen von Herrn Falz an und bittet um Erklärung hierzu.

Stadtrat Breer teilt mit, dass sein Favorit immer noch der Heidelberger Schlosstaler sei. Ferner sei die Steuer rechtlich noch nicht sicher und zwei Verfahren beim Bundesverfassungsgericht noch anhängig.

Er stellt folgenden **Antrag**

Der Gemeinderatsbeschluss vom 21.07.2016 (Alternativen zur Bettensteuer) wird durch folgenden Beschluss ersetzt: Die Arbeit des Arbeitskreises „Alternativen zur Bettensteuer“ wird fortgesetzt. Ziel ist es, die Touristen, insbesondere die Tagestouristen sowie die Hotellerie mit mindestens 1,2 Millionen Euro ab 2019 an den infrastrukturellen Aufwendungen der Stadt Heidelberg zu beteiligen. Der Anteil der Hotellerie an diesem Konzept beträgt 250 000 Euro. Der Anteil wird aber bereits ab 2018 erbracht.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner stellt nochmals klar, dass sich das Land nicht finanziell beteiligen werde. Das Land habe mit einer kommunalen Finanzierung einer Steuer nichts zu tun. Wenn es eine Erhöhung, egal bei welchem Projekt gebe, sei es Aufgabe der Stadt, sich über den städtischen Anteil einer Erhöhung Gedanken zu machen.

Stadtrat Zieger weist darauf hin, dass der Gemeinderatsbeschluss vom 21.07.2016 eindeutig sei und die Bettensteuer zum 01.01.2018 eingeführt werden müsste.

Im weiteren Meinungsaustausch wird die Arbeit des Arbeitskreises gelobt. Ferner wird darum gebeten, die Sommerpause abzuwarten (so wie im Haupt- und Finanzausschuss besprochen), um die Ergebnisse des Arbeitskreises diskutieren zu können. Insofern werde die FDP gebeten, ihren Antrag zurückzuziehen. Unabhängig davon solle die Verwaltung Vorbereitungen für den Fall treffen, dass keine Einigung mit dem Land zustande käme und die Steuer eingeführt werden müsse.

Stadträtin Prof. Dr. Schuster stellt zur Verdeutlichung den **Antrag**:

Fristverlängerung für den Arbeitskreis bis nach der Sommerpause, spätestens bis zur Gemeinderatssitzung am 16.11.2017.

Abstimmungsergebnis: bei 6 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

Der Antrag von Stadtrat Breer wird nicht zur Abstimmung gestellt.

gezeichnet

Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Begründung:

Ausgangslage

Der Gemeinderat hat am 21.07.2016 folgenden Beschluss gefasst (Drucksache 0123/2016/IV):

Der Gemeinderat beschließt die Gründung eines Arbeitskreises, der kurzfristig Alternativen zur Übernachtungsteuer ermitteln soll:

Ziel des Arbeitskreises soll sein, die Touristen, insbesondere die Tagestouristen, die Heidelberg besuchen, an den Kosten der Stadt für die infrastrukturellen Aufwendungen mit einem Betrag von mindestens 1,2 Millionen Euro zu beteiligen, ohne dass dies erhöhte Verwaltungsaufwendungen hervorruft.

Sollte dieses Ziel bis zum 30.06.2017 nicht erreicht werden, dann tritt die Übernachtungsteuer am 01.01.2018 in Kraft.

Unter der Federführung von Heidelberg Marketing sollen an diesem Arbeitskreis der Gemeinderat, die Stadtverwaltung, die Stadtkämmerei, das Rechtsamt sowie weitere vom Gemeinderat festzulegende Vertreter beteiligt werden.

Aktueller Sachstand

Der Arbeitskreis hat in mehreren Sitzungen verschiedene Möglichkeiten erörtert und sich auch mit den Geschäftsführern der staatlichen Schlösser und Gärten Baden-Württemberg ausgetauscht.

Für die zunächst angedachte Einführung eines Schlosstalers konnte jedoch keine Einigung erzielt werden, so dass als bevorzugte Alternative die Erhöhung des Kombitickets aus Bergbahnnutzung und Schlosseintritt weiterverfolgt wurde. Die hieraus erzielbaren Erlöse sollten anteilig dem Land und der Stadt Heidelberg/Heidelberg Marketing zu Gute kommen.

Diese Erhöhung bedarf seitens des Landes jedoch der Zustimmung des Ministeriums für Finanzen Baden-Württemberg. Diese liegt abschließend noch nicht vor, so dass eine Entscheidung des Gemeinderats hierüber nach derzeitigem Stand frühestens nach der Sommerpause möglich ist.

Sollte diese Entscheidung jedoch negativ ausfallen, bliebe in den Sommerferien noch Zeit bis zum 31.12.2017 eine weitere Alternative gemeinsam mit der Hotellerie zu erarbeiten bzw. abschließend zum 01.01.2018 die Übernachtungsteuer in Heidelberg einzuführen.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU1	+	Solide Haushaltswirtschaft Begründung: Im Rahmen einer geordneten Haushaltswirtschaft sind sämtliche Einnahmepotentiale zur Steigerung der Ertragskraft zu nutzen. Im Haushaltsplan 2018 der Stadt Heidelberg sind bereits planmäßig Mittel in Höhe von 1,2 Millionen Euro aus der Übernachtungssteuer oder einer Alternative hierzu veranschlagt.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner